

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telefax: 8 88 846 ppbn d



Inhalt

40. Jahrgang / 125

5. Juli 1985

Rudolf Dreßler MdB, AfA-Bundesvorsitzender, wirft der Regierung vor, zu abgestandenen Thesen über die Arbeitslosigkeit Zuflucht zu nehmen.

Seite 1

Karl-Heinz Hiersemann MdL, Stellvertretender bayerischer SPD-Vorsitzender, legt SPD-Vorstellungen zur Reform der Agrarpolitik vor.

Seite 2

Klaus Daubertshäuser MdB bescheinigt der Bundesregierung ein allzu enges Verhältnis zum forcierten Straßenbau.

Seite 6

Jetzt sind sie zu Immobil

Die Regierung beschuldigt immer dreister die Arbeitslosen

Von Rudolf Dreßler MdB
Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA)

Die Bundesregierung bedient sich im Umgang mit den Arbeitslosen eines immer schlimmeren Tones: Nun hat ein Ressortminister, der ansonsten nicht viel zu bieten hat, eine "relativ hohe Immobilität" der Arbeitslosen angeprangert. Im Klartext: Wer keine Arbeit findet, der ist selber daran Schuld, weil er nicht bereit ist, flugs dann seinen Ranz zu packen, wenn sich irgendwo einige offene Stellen bieten.

Dieser Umgang mit den Arbeitslosen ist beispiellos. Man muß schon nach Großbritannien gehen, um vergleichbare zynische Behauptungen über selbstverschuldete Arbeitslosigkeit zu finden.

Die Tendenz ist klar. Arbeitslosigkeit wird von der Bundesregierung nicht mehr als Tatbestand mit ökonomischen Ursachen verstanden, sondern als das Ergebnis individuellen Fehlverhaltens. Das gab es schon einmal: Das 19. Jahrhundert und auch unser Jahrhundert war bis weit in die dreißiger Jahre von solch schlimmen Zuweisungen geprägt. Wer arbeitslos wurde, der hatte das auf seine Kappe zu nehmen, der hatte eben Chancen ausgelassen.

Es hätte sehr verwundert, wenn nicht die Bundesregierung auf der Suche nach ablenkenden Behauptungen bei derartigen abgestandenen Thesen gelandet wäre. Es gibt nur eine Möglichkeit, die Propagandisten derartiger Thesen zu kurieren: Ihnen die Gunst als Wähler entziehen.

Der Bundeskanzler ist ja schon im Minus gelandet, Herr Bangemann nach der Umfrageergebnissen einiger Institute ebenfalls. Da gilt ausnahmsweise einmal die Sonthofen-These des F. J. Strauß: Das muß noch schlechter werden.
(-/5.7.1985/va/ks)

+ + +

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 1

Kemalpaşa Ülküsü
mu kemalpaşa Kızılları
Kemalpaşa-Ülküsü



Unsere Reformvorstellungen für die Bauern

Ein Kontrastprogramm zur existenzvernichtenden Bonner Politik

Von Karl-Heinz Hiersmann MdL
Stellvertretender Vorsitzender der bayerischen SPD

Die CSU/CDU hat den Bauern die schwersten Einkommensverluste der Nachkriegszeit beschert. Tausende von kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Betrieben stehen heute in Bayern am Rande des Ruins. Die kleinen und mittleren Betriebe waren bestimmt auch in der Vergangenheit nicht auf Rosen gebettet. Das absolute Minimum als Betriebseinkommen im Jahr für einen Haupterwerbsbetrieb wird mit 30.000 DM angenommen. Bereits 1983 lagen 60 Prozent der bayerischen Haupterwerbsbetriebe unter dieser Grenze, viele sogar sehr deutlich darunter. Umso schlimmer ist es, daß die CSU/CDU-Regierung glaubte, das geringere Einkommen sogar noch weiter einschränken zu können. Die Milchmengenkontingentierung hat für die bayerische Landwirtschaft verheerende Folgen. Wir wissen, daß diese Regelung die großen Milchproduzenten schont und bei den kleinen kräftig zulangt.

Wie sieht die Situation konkret in Bayern aus? Nur fünf Prozent der Milchkühe stehen in Bayern in Beständen mit mehr als 40 Kühen. In Schleswig-Holstein sind es 53 Prozent. 80 Prozent der gesamten bayerischen Milchproduktion kommen von Bauern mit weniger als 30 Milchkühen. Das bedeutet nach der Logik der Milchmengenkontingentierung, daß Bayerns Bauern am härtesten betroffen sind. Und das Schlimme, das Unverständliche an der traurigen Geschichte ist, daß der Bundesminister, der diese Politik zu verantworten hat, aus Bayern kommt. Es war der bayerische Ministerpräsident, der ihn ins Bonner Kabinett geschickt hat.

Die Milchmengenverteilung für die Bundesrepublik ist durch die EG festgelegt worden. Doch die Aufteilung der Milch-Quoten in den einzelnen Staaten war eine nationale Aufgabe. Hier setzt unsere Kritik an.

Die CSU/CDU-Regierung hat Quoten festgelegt, ohne Rücksichtnahme auf regionalpolitische und arbeitsmarktpolitische Erfordernisse. Grundsätze der sozialen Gerechtigkeit sind völlig auf der Strecke geblieben. Den kleinen und mittleren Landwirten geht es heute schlimmer als ihren Kühen, so werden sie gemolken.

Wir Sozialdemokraten haben Vorschläge gemacht, wie man die Milchmengenkontingentierung sozial gerecht hätte gestalten können.

Im Rahmen der EG-Verordnung wäre es möglich gewesen, den notwendigen Abzug von 1,93 Millionen Tonnen durch einen gestaffelten Abzug zu erreichen. Nach unseren Vorstellungen sollte bis 60.000 Kilogramm Jahreslieferung kein Grundabzug und kein Steigerungsabzug erfolgen. Bei höheren Liefermengen sollte sich der Abzug von vier Prozent bei einer Liefermenge bis 100.000 Kilogramm bis auf 20 Prozent bei mehr als 250.000 Kilogramm erhöhen. Einen weiteren Vorschlag haben wir ins Gespräch gebracht: Eine bayerische Milch-Rente. Unter Einsatz von 40 Millionen DM bayerischer Mittel sollte die Bundesmilch-Rente von 1.000 DM pro 1.000 Kilogramm aufgebener Milchlieferrung für Landwirte über 55 Jahre auf 1.500 DM pro 1.000 Kilogramm aufgestockt werden. Dadurch würde der Milcherzeuger mit zehn Kühen bei einer Jahresleistung von 10.000 Kilogramm auf die Dauer von zehn Jahren im Monat statt bisher DM 333,00 in Zukunft DM 500,00 erhalten. Bei 20 Milchkühen wären es DM 1.000 monatlich.

Nach zehn Jahren sollte sich der Hofnachfolger frei entscheiden können, ob er die Milchproduktion wieder aufnimmt oder nicht. Für Landwirte über 55 Jahre, die bereits die bisherige Bundesmilch-Rente in Anspruch nahmen, sollten die Rentenbeträge nachträglich mit bayerischen Mitteln aufgestockt werden.

Mit 40 Millionen DM jährlich könnten 80.000 Tonnen Milch aus dem Markt herausgekauft werden. Diese Menge könnte neu verteilt werden, vor allem an Härtefälle, die von der völligen unzureichenden Härtefallregelung des Bundes nicht berücksichtigt werden.



Leider hat die CSU unseren Vorschlag, mit dem 10.000 bis 20.000 Existenzen von Milcherzeugern in Bayern erhalten werden könnten, abgelehnt.

Ungerechtigkeit zieht sich wie ein roter Faden durch die Agrarpolitik der CSU/CDU. Ich nenne als weiteres Beispiel die Erhöhung der Vorsteuerpauschale. Mit der Erhöhung der Vorsteuerpauschale um fünf Prozent sollten angeblich die Einkommensnachteile ausgeglichen werden, die insbesondere von der Quotenregelung, weiteren Preisentscheidungen des EG-Ministerrats vom Frühjahr 1984 und dem Wegfall des Grenzausgleichs zu erwarten waren.

Herausgekommen ist in Wirklichkeit eine umsatzorientierte beziehungsweise proportional mit dem Umsatz steigende Umsatzsubvention, die den umsatzstärkeren größeren Betrieb und besseren Standort weit mehr begünstigt als den kleineren Betrieb und schlechteren Standort, wo Milchquoten und Preisrückgänge die wirtschaftliche Existenz gefährden. Mit diesen Milliardenbeträgen werden auch solche Produktionen und Betriebe begünstigt, die von den EG-Entscheidungen überhaupt nicht betroffen waren.

So fördert man - wie auch bei der manchmal unverständlichen Zuteilung von Milchquoten - den Unfrieden in den Dörfern, verteilt das Geld nach falschen Prioritäten und verstößt gegen Grundsätze eines sozialen Ausgleichs. Die Lage kleinerer und mittlerer Landwirte ist heute schwieriger denn je. In den 70er Jahren gab es vielleicht noch die Möglichkeit in einen anderen Wirtschaftszweig auszuweichen, um dort seinen Lebensunterhalt zu verdienen. Dies ist heute kaum noch möglich. Der Arbeitsmarkt ist zu. Wir haben die größte Arbeitslosenquote seit Gründung der Bundesrepublik. Mag es im Großraum München noch Beschäftigung geben. In den anderen Landesteilen ist die Situation jedoch geradezu trostlos. Das heißt: Jeder Landwirt, der seinen Hof aufgeben muß, ist ein zusätzlicher Arbeitsloser. Die Situation der Landwirtschaft ist damit eine arbeitsmarktpolitische wie auch soziale Herausforderung.

Der Landtag hat sich kürzlich in einer Debatte mit der Agrarpolitik befaßt. Ich habe für meine Fraktion gesprochen. Mein Hauptvorwurf an die CSU war, daß ihr jedes Gefühl für Gerechtigkeit fehlt. Erst der Verlust von Wählerstimmen hat Kiechle und die CSU munter gemacht. Vor allem die Wahlerfolge der Sozialdemokraten in Hessen, im Saarland und in Nordrhein-Westfalen.

Schockiert von diesen Wahlniederlagen versuchte Kiechle bei den EG-Agrarpreisverhandlungen jetzt Muskeln zu zeigen. Hinter seiner Verhandlungstaktik war allerdings schwerlich ein überzeugendes agrarpolitisches Konzept zu entdecken. Es war eher eine aufgeregte, nervöse Konzeptionslosigkeit zu erkennen. Das endgültige Ergebnis der Getreidepreisverhandlungen muß noch abgewartet werden. Fest steht bereits eine Tatsache. Die Verhandlungsführung des Landwirtschaftsministers hat dazu geführt, daß die Milchpreiserhöhung verzögert wurde. Diese Verzögerung des Preisbeschlusses für Milchprodukte hat den deutschen Milchbauern wiederum einen Verlust von 60 Millionen DM eingebracht. Umso unverständlicher ist es für mich, daß die Agrar-Experten der CSU sich in der bereits von mir erwähnten Landtagsdebatte hingestellt haben, um die Verhandlungsleitung von Kiechle über den "Schellen-Ober" zu loben.

Die bayerische Staatsregierung, der Ministerpräsident, die CSU versuchen natürlich, sich aus der Verantwortung zu schleichen. Da wird öffentlich kräftig gegen Bonn gewettert. Man tut so, als ob man gar nicht dazu gehört.

Da will man vergessen machen, daß die CSU ja den Landwirtschaftsminister stellt. Da will man vergessen machen, daß die Kabinetts-Mitglieder der CSU und die Abgeordneten der CSU im Bundestag allen agrarpolitischen Schandtaten zugestimmt haben. Strauß und seine Partei ziehen hier ein Spiel mit doppeltem Boden auf, Doppelstrategie nenne ich das. In Bonn stimmt man fleißig mit, in München jault man scheinheilig auf. Ich bin aber überzeugt, daß sich die Bauern nicht für dumm verkaufen lassen. Wenn Strauß die Agrarpolitik des Bundes für falsch hält, soll er doch seinen Minister Kiechle aus dem Amt nehmen. Das allein wäre ehrlich und aufrichtig.

Nicht nur die Landwirtschaft leidet unter der unsozialen Politik der CSU/CDU-Regierung. Auch die Familien, die Arbeitnehmer in der Industrie, die Frauen, die Rentner, die Behinderten, alle sozial Schwachen. Sicher - wenn das Geld knapp wird, muß der Staat seine Ausgaben einschränken. Aber die Lasten müssen



gerecht verteilt werden. Genau das Gegenteil ist unter dieser Regierung geschehen. Es ist ein riesiger Umverteilungsprozeß von unten nach oben in Gang gesetzt worden. Wer wenig hatte, dem wurde genommen. Wer viel hatte, dem wurde hoch dazugegeben.

In dies Schema paßt auch die Luxus pensionierung für Bundeswehroffiziere, die nach dem Willen der Bonner Regierung eingeführt werden soll.

In der heutigen, schwierigen Situation steht die Landwirtschaft vor zwei großen Herausforderungen:

1. der Existenzsicherung kleinerer landwirtschaftlicher Betriebe
2. der Bewahrung unserer natürlichen Lebensgrundlagen.

Beide Herausforderungen kann die Landwirtschaft nur dann bestehen, wenn sich auch die politischen Rahmenbedingungen ändern. Das heißt ohne eine grundsätzliche Änderung der EG-Agrarpolitik können die Probleme nicht mehr bewältigt werden. Eine Agrarpolitik, die lediglich auf die weitere Steigerung der Erträge ausgerichtet ist, ist schon heute nicht mehr finanzierbar - von den Belastungen unserer Umwelt einmal ganz abgesehen.

Heute werden Milliardenbeträge für eine unglaubliche Verschwendung von landwirtschaftlichen Ressourcen und die Vernichtung und Verschleuderung von Nahrungsmitteln ausgegeben. Beim Landwirt kommt nur ein Bruchteil dieses Geldes an. Von den EG-Marktordnungen und den dafür eingesetzten Mitteln profitieren in erster Linie die Verarbeitungsindustrien, zum Beispiel die Molkereien, Schlachthöfe und Zuckerfabriken, zu aller letzt jedoch die Landwirte.

Dies Folgen dieser Politik sind

- weitersteigende Kosten für den Agrarmarkt,
- wachsende Überschüsse
- und immer mehr landwirtschaftliche Betriebe, die in Existenznot geraten.

Reformen, eine grundlegende Neuorientierung der Agrarpolitik sind notwendig - nur wie soll diese aussehen? Ich will keine Illusionen und falsche Erwartungen wecken. Die SPD hat folgende Vorstellungen für eine Agrarpolitik, die sowohl den wirtschaftlichen wie auch den ökologischen Erfordernissen Rechnung trägt.

1. Das Förderungssystem in der Landwirtschaft muß grundsätzlich umgestellt werden - und zwar von den rein produktbezogenen Subventionen zu einem System, daß sich aus direkten Einkommenshilfen für die Bauern und produktbezogenen Subventionen zusammensetzt. Wir müssen wegkommen von einer Politik der ausschließlichen Produktsubventionierung, von einer Politik der ungezielten Ertragssteigerung auf Kosten der Umwelt. Stattdessen sollen Einkommenshilfen, gestaffelt nach Betriebsgröße und Standort, gezahlt werden, damit die Existenz kleinerer Betriebe gesichert wird. Die Bauern dürften nicht mehr in die Mehrproduktion getrieben, sie müssen stattdessen für ihre Leistungen zur Erhaltung der Kulturlandschaft belohnt werden.



2. Es müssen gestaffelte Mitverantwortungsaufgaben eingeführt werden, damit die zunehmende Intensivierung in der Landwirtschaft, die Bewirtschaftung weiterer Flächen eingeschränkt wird. Mit niedrigeren Erlösen für ansteigende Erzeugermengen könnte man das Problem der Überschüsse in der EG in den Griff bekommen. Gleichzeitig wird damit auch ein entscheidender Beitrag geleistet, damit kleinere Betriebe - zumal auf ungünstigen Standorten -, die bei umweltschonender Bewirtschaftung eben nicht so leistungsfähig sind wie die Großbetriebe, weiter erhalten bleiben.
3. Zum Schutz der kleineren viehhaltenden Betriebe müssen Bestandsobergrenzen in der Tierhaltung eingeführt und der Viehbestand an die Fläche gekoppelt werden. Allerdings sollte es für die ersten 20 Großvieheinheiten keine Flächenbindung geben - zum Schutz der kleinen und mittleren Viehhalter. Wie stark die Massentierhaltung und die Agrarfabriken inzwischen unsere Umwelt belasten, hat sich mittlerweile vielen Bürgern durch die Vielzahl von Berichten über Umweltschädigungen durch diese Betriebe gezeigt. Unsere Fraktion hat die Vorschläge des Bayerischen Bauernverbandes aufgegriffen und im Landtag eingebracht.
4. Ökologisch wertvolle Flächen müssen durch die Landwirte erhalten und gepflegt werden. Es ist doch sinnvoller, die Landwirte für ihre Leistungen zur Erhaltung von schützenswerten Flächen, für ihre Verluste durch eine umweltschonende, extensive Bewirtschaftung zu entschädigen als für die Produktion weiterer Überschüsse.
5. Die Agrarpolitik muß sich an einem neuen Leitbild orientieren. Den Landwirten sind neben der Nahrungsmittelproduktion neue Verdienstmöglichkeiten, zum Beispiel im Freizeitbereich zu eröffnen. Unrentable und übertriebene intensive Bewirtschaftungsformen müssen im Hinblick auf den Umwelt-, Wasser- und Bodenschutz aufgegeben werden. Eine Produktionsweise, die durch den ungezielten Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln den letzten Doppelzentner aus dem Boden herausholt, nützt am Ende weder der Landwirtschaft noch der Umwelt. Kleinere Betriebe können im Verdrängungswettbewerb nicht überleben. Das Ende wäre eine industrialisierte Landwirtschaft mit steigenden, nicht mehr reparablen Umweltschäden.

Ich möchte aber auch klar feststellen: Den Landwirten sind - vor allem in der heutigen kritischen Situation - keine Einschränkungen zuzumuten, die ihr Einkommen mindern. Die eingesparten Milliardenbeträge, die bisher für die Lagerung, Exporterstattung und Vernichtung von Überschüssen ausgegeben werden, müssen zur Existenzsicherung der kleineren Betriebe gezielt eingesetzt werden. (-/5.7.1985/va/ks)

+ + +



Kohl hängt an der Straße

Die Bundesbahn wird krass benachteiligt

Von Klaus Daubertshäuser MdB
Verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Für das Schienenwegenetz der Deutschen Bundesbahn ist - wie bei den Bundesfernstraßen - ein Bedarfsplan für einen Fünf-Jahreszeitraum aufzustellen. Dieser wird vom Parlament beraten und als Gesetz beschlossen.

Die Investitionsfähigkeit der Deutschen Bundesbahn - und damit die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens - muß gesteigert werden. Die Verkehrsinvestitionspolitik muß der Schiene ein deutlich höheres Gewicht zumessen. Der Bau von Straßen darf nicht länger erste Priorität haben.

Die Pläne der Regierung sehen aber vollständig anders aus. Nach dem Entwurf des Bundes-Verkehrswegeplans, den sie dem Parlament zugeleitet hat, sind im Zeitraum von 1986 bis 1995 für den Straßenbau Investitionsmittel des Bundes von insgesamt 62,2 Milliarden DM (48,6 Milliarden DM für die Bundesfernstraßen und 13,6 Milliarden DM für den kommunalen Straßenbau) vorgesehen. Für die Deutsche Bundesbahn sind im gleichen Zeitraum Investitionsmittel von 38,5 Milliarden DM (34 Milliarden DM für Schienennetz und 4,5 Milliarden DM für den Nahverkehr der Deutschen Bundesbahn) und damit deutlich niedrigere Beträge eingeplant.

Mit dieser Planung manifestiert diese Regierung ihre Unfähigkeit für zukunftsweisende Entscheidungen. Ihr fehlt die Kraft für eine aktive und gestaltende Politik. Nötig ist auch in der Verkehrspolitik ein entschlossenes und verlässliches Handeln, auf das Bürger und Wirtschaft bauen können.

(-/5.7.1985/bb/ks)

+ + +

